

Niederschrift über die 54. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am :	Dienstag, den 04.06.2024
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 21:13 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 29 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Mario Dieke
Thomas Fiedler
Klaus Gerber
Alexandra Glied
Stefan Golle
Lars Gruber
Christian Hermann
Eric Holtschke
Thomas Hoyer
Prof. Dr. Lutz Kowalzik

Stimmberechtigtes Mitglied

Rico Kusche
Lars Legath
Thomas Mahler
Monika Mühle
Danny Przisambor
Petra Rank
Mirko Rust
Thomas Salzmann
Frank Schaufel
Jörg Schmidt

Stimmberechtigtes Mitglied

Gerald Schumann
Sabine Schumann
Maik Schwarz
Uta Seidel
Gerd Steffen
Bernd Stubenrauch
Stephan Uhlig
Diana Zierold

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Dieter Blechschmidt
Dirk Brückner
Ingo Eckardt
Sven Gerbeth
Thomas Haubenreißer
Ronny Hering
Daniel Herold
Kerstin Knabe
Sandra Weller

während TOP

zeitweise anwesend bis TOP 2.6.
zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
zeitweise anwesend bis TOP 2.18.
zeitweise anwesend ab TOP 1.2.
zeitweise anwesend bis TOP 2.5.
zeitweise anwesend ab TOP 1.1. bis TOP 2.15.
zeitweise anwesend bis TOP 2.3.
zeitweise anwesend bis TOP 2.16.
zeitweise anwesend bis TOP 3.6.
Neuberufung - zeitweise anwesend ab TOP 1.5.

Abwesende:

Abwesend sind 4 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Claudia Hänsel
Prof. Dr. Dirk Stenzel
Steve Lochmann
Andrè Schatz

Abwesenheitsgrund

entschuldigt
entschuldigt
unentschuldigt
unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Kerstin Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Tobias Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst	zu allen TOP
Peggy Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Martin Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Sascha Giller	Justiziar der Stadt Plauen	ab TOP 2.8.
Carola Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	zu allen TOP
Nadja Friedländer-Schmidt	Leiterin Fachbereich Bürgerservice	öffentlicher Teil
Nadine Läter	Pressesprecherin	öffentlicher Teil
Sebastian Barg	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Lutz Armbruster	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	bis TOP 2.10.
Kerstin Karch	Leiterin Kulturbetrieb Plauen	bis TOP 2.8.
Martin Gabriel	Leiter Fachgebiet Sicherheit und Ordnung	bis TOP 2.8.
Dr. Renè Schreiter	Leiter Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil
Markus Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	zu allen TOP
Steffen Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Birgit Winkler	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	bis TOP 2.12.
Jana Eichler	Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	bis TOP 2.10.
Harald Haupt	Fachberater Bau	ab TOP 2.4. bis TOP 2.10.
Steffi Ernst	Vorsitzende Personalrat	zu allen TOP
Marcel Fröbisch	Personalrat	zu allen TOP
Lars Buchmann	Gleichstellungsbeauftragter	zu allen TOP

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	öffentlicher Teil
Frau Zobel, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter der Presse	

Gäste

Marlies Hager, Vorstand Vogtländischer Mieterverein e. V.	öffentlicher Teil
Stiev Lorenz, Beirat Haus&Grund Plauen-Vogtland e.V.	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Widerspruch des Oberbürgermeisters gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 SächsGemO gegen den Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen vom 07.05.2024, **Beschluss-Nr.: 53/24-1**
Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 1058/2024
- 1.2. Tagesordnung
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.03.2024
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Beschlussfassung**
- 2.1. Abberufung und Neuberufung eines Mitglieds des Gemeindevwahlausschusses für die Stadt- und Ortschaftsratswahlen in der Stadt Plauen 2024
Drucksachenummer: 1059/2024
- 2.2. Mietobjekt Kasernenstraße 2, Flurstück 3006 in Plauen (Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 401-24**)
Drucksachenummer: 1079/2024

- 2.3. Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels für die Stadt Plauen 2024
Drucksachennummer: 1076/2024
- 2.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2022
Drucksachennummer: 1061/2024
- 2.5. Übertragung von Aufgaben an das Rechnungsprüfungsamt
Drucksachennummer: 1055/2024
- 2.6. Errichtung einer 4. eigenständigen Einrichtung im Kulturbetrieb der Stadt Plauen mit dem Namen Kunstmuseum Erich Ohser - e.o.plauen
Drucksachennummer: 1071/2024
- 2.7. Änderung der Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung)
Drucksachennummer: 1073/2024
- 2.8. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen [Straßensondernutzungssatzung]
Drucksachennummer: 1066/2024
- 2.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Weisbachsches Haus Fabrik der Fäden 1.BA
Drucksachennummer: 1054/2024
- 2.10. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Bau einer multifunktionalen Halle mit Freiflächengestaltung“ im Modellvorhaben „Zukunft Leben im Plauener Süden,, EV 2 - Korrektur
Drucksachennummer: 1081/2024
- 2.11. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Jöbñitzer Straße 9/11 in Plauen
Drucksachennummer: 1064/2024
- 2.12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 029 „Energetische Sanierung und Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße“ mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark – Süd“ in Neundorf, Aufstellungsbeschluss mit Änderungsbeschluss
Drucksachennummer: 1072/2024
- 2.13. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für den Ausbau der Reinsdorfer Straße
Drucksachennummer: 1070/2024
- 2.14. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für den Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung Possigweg
Drucksachennummer: 1060/2024
- 2.15. Antrag der CDU-Fraktion - Unterstützung für den Treffpunkt Melanchthonstraße durch die Verwaltung, **Reg.-Nr. 389-24** - Stellungnahme der Verwaltung
- 2.16. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung der Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren (FFW), **Reg.-Nr. 404-24** - Stellungnahme der Verwaltung
- 2.17. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Keine Haushaltskonsolidierung mit der Grundsteuerreform, **Reg.-Nr. 402-24** - Stellungnahme der Verwaltung
- 2.18. Antrag SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Baustellenampel an der Neuen Elsterbrücke, **Reg. Nr. 407-24** - Stellungnahme der Verwaltung
3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
4. **Zum Abschluss der Wahlperiode 2019 - 2024**
- 4.1. Stadträte und Fraktionen des Stadtrates der Stadt Plauen
- 4.2. Oberbürgermeister Steffen Zenner, Vorsitzender des Stadtrates der Stadt Plauen

1. Eröffnung der Sitzung

Die 54. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 29 Mitglieder ständig anwesend.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und Stadtrat Thomas Mahler, AfD-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Zenner macht darauf aufmerksam, dass zu Beginn der heutigen Sitzung der Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 409-24**, für den Tagesordnungspunkt 2.2. ausgereicht wurde.

1.1. Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen **Drucksachenummer: 1058/2024**

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Beschlussvorschlag zu dieser Verwaltungsvorlage in der Stadtratssitzung am 07.05.2024 abgelehnt wurde. Mit Schreiben vom 13.05.2024 hat Oberbürgermeister Zenner diesem Beschluss gemäß § 52 Absatz 2 Satz 1 SächsGemO, widersprochen, da er rechtswidrig gefasst wurde. Gemäß § 52 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO muss heute erneut über diese Vorlage abgestimmt werden. Sollte der Stadtrat der Stadt Plauen auch in der heutigen Sitzung einen rechtswidrigen Beschluss fassen, müsste Oberbürgermeister Zenner diesem gemäß § 52 Abs. 2 Satz 5 SächsGemO erneut widersprechen und die Angelegenheit an die Rechtsaufsichtsbehörde übergeben, um eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit herbeiführen zu lassen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Es wird festgestellt, dass Frau Sandra Weller gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO als Mitglied in den Stadtrat der Stadt Plauen nachrückt.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 10 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-1

Da Frau Weller noch nicht anwesend ist, wird die Vereidigung später vorgenommen (siehe TOP 1.5.)

1.2. Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, bittet darum, die heutige Stadtratssitzung mit einer Schweigeminute für den in Mannheim zu Tode gekommenen Polizisten zu beginnen.

Oberbürgermeister Zenner befürwortet diese Bitte und möchte die Schweigeminute unter dem TOP 1.5. durchführen.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.03.2024

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 12.03.2024 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei allen, die am letzten Wochenende aufgrund der akuten Wettervorhersage mit Unwetterpotential im Einsatz waren. Aufgrund dieser Wettervorhersage habe man entschieden, das Plauener Spitzenfest abzusagen.

Oberbürgermeister Zenner ruft die Anwesenden zu einer Schweigeminute für die Opfer der Hochwasserkatastrophe im Süden Deutschlands und für den in Mannheim verstorbenen Polizisten auf.

Oberbürgermeister Zenner nimmt Ehrungen für langjährige ehrenamtliche Stadtratstätigkeit vor:

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, erhält die Ehrennadel der Stadt Plauen sowie eine Urkunde des Sächsischen Städte- und Gemeindetages für 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtrat der Stadt Plauen.

Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion,
Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, und
Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion,
erhalten eine Urkunde des Sächsischen Städte- und Gemeindetages für 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtrat der Stadt Plauen.

Stadtrat Prof. Dr Lutz Kowalzyk, CDU-Fraktion, erhält eine Urkunde des Sächsischen Städte- und Gemeindetages für 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtrat der Stadt Plauen.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion,
Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion,
Stadtrat Thomas Haubenreißer, FDP-Fraktion, und
Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion,
erhalten eine Urkunde des Sächsischen Städte- und Gemeindetages für 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtrat der Stadt Plauen.

Frau Sandra Weller ist nun anwesend.

Oberbürgermeister Zenner bittet Frau Sandra Weller für ihre Vereidigung als Stadträtin der Stadt Plauen nach vorn.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass Frau Sandra Weller die Verpflichtungserklärung erhalten hat und bittet sie, die Verpflichtungsformel vorzutragen. Im Anschluss daran macht Oberbürgermeister Zenner Stadträtin Sandra Weller auf die entsprechenden Gesetzestexte zur Verschwiegenheitspflicht und zur Befangenheitsfrage aufmerksam, welche ebenfalls auf dem o. g. Verpflichtungsschreiben aufgeführt sind.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass Stadträtin Sandra Weller das Verpflichtungsschreiben unterzeichnet hat und damit die öffentliche Verpflichtung durch den Oberbürgermeister erfolgt ist.

Stadträtin Sandra Weller nimmt nunmehr als stimmberechtigtes Mitglied an der heutigen Sitzung des Stadtrats der Stadt Plauen teil.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 392-24**, von der Verwaltung angenommen wurde. Seit dem 27.04.2024 wurde die Haltestellendurchsage in den Straßenbahnen der Linie 6 um den Hinweis „Zugang zur Schaustickerei“ ergänzt. An der Haltestelle Schloss Reusa befindet sich bereits seit längerer Zeit ein Schild, welches auf die Schaustickerei hinweist. Ein weiteres Schild soll nun noch im Bereich Röntgenstraße/Am Weinberg aufgestellt werden.

Oberbürgermeister Zenner informiert weiter, dass sich die Verwaltung des Antrages der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 398-24**, annimmt.

Oberbürgermeister Zenner wird Gespräche mit dem Vogtlandkreis dahingehend führen, dass arbeitsfähige Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden können. Grundsätzlich ist aber zu beachten, dass die Stadt Plauen für die Umsetzung dieses Antrages nicht zuständig ist.

2. Beschlussfassung

2.1. Abberufung und Neuberufung eines Mitglieds des Gemeindevwahlausschusses für die Stadt- und Ortschaftsratswahlen in der Stadt Plauen 2024 **Drucksachennummer: 1059/2024**

Herr Lars Krämer, Leiter Büro Oberbürgermeister, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt

1. die Abberufung von Frau Heike Pietschmann aus dem Gemeindevwahlausschuss für die Stadt- und Ortschaftsratswahlen 2024.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-2

2. die Neuberufung von Herr Peter Meischer in den Gemeindevwahlausschuss für die Stadt- und Ortschaftsratswahlen 2024.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-3

2.2. Mietobjekt Kasernenstraße 2, Flurstück 3006 in Plauen (Antrag CDU-Fraktion, Reg. Nr. 401-24) **Drucksachennummer: 1079/2024**

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen.

Zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung wurde ein Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 409-24**, zu dieser Vorlage ausgereicht.

Oberbürgermeister Zenner informiert über die rechtliche Verfahrensweise zum TOP 2.2.:

Es wurde festgestellt, dass Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, an der Vorberatung zu dieser Verwaltungsvorlage, **Drucksachennummer: 0179/2024**, im Finanzausschuss am 23.05.2024 teilgenommen hat, obwohl er zu diesem Tagesordnungspunkt befangen war.

In Bezug auf die Vermeidung einer erneuten Vorberatung durch den Finanzausschuss ist es notwendig, dass der Stadtrat beschließt, die Angelegenheit an sich zu ziehen und die bereits erfolgte Vorberatung im Finanzausschuss als nichtig zu betrachten. Dies hat grundsätzlich durch Beschluss zu erfolgen. Eine einfache Mehrheit ist ausreichend. Sodann könnte der Tagesordnungspunkt ohne weitere Anpassung, und natürlich ohne Mitwirkung von Stadtrat Fiedler, abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Zenner schlägt deshalb vor, folgenden Verfahrensantrag zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Angelegenheit TOP 2.2, „Mietobjekt Kasernenstraße 2, Flurstück 3006 in Plauen, Drucksachennummer: 0179/2024, (Antrag CDU-Fraktion, Reg. Nr. 401-24)“, ohne Rücksicht auf die erfolgte Vorberatung durch den Finanzausschuss und ohne erneute Vorberatung durch den Finanzausschuss, an sich zu ziehen und umfassend zu beraten und zu entscheiden.

Stadtrat Maik Schwarz, fraktionsloser Stadtrat, fragt nach, ob bei einer Verschiebung der Beschlussfassung zu dieser Vorlage eventuell einzuhaltende Fristen in Gefahr wären.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass das Landratsamt Vogtlandkreis mit Schreiben vom April 2024 aufgefordert habe, Sanierungsarbeiten am Gebäude vorzunehmen und eine entsprechende Antwort hierzu erwarte.

Sollte sich der Stadtrat heute für eine Verschiebung der Beschlussfassung entscheiden, würde Oberbürgermeister Zenner zeitnah eine Sondersitzung des Stadtrates der Stadt Plauen einberufen.

Oberbürgermeister Zenner ruft zur Abstimmung des Verfahrensantrages auf.

Beschluss zur rechtlichen Verfahrensweise (Verfahrensantrag) zum TOP 2.2.:

Der Stadtrat beschließt, die Angelegenheit TOP 2.2, „Mietobjekt Kasernenstraße 2, Flurstück 3006 in Plauen, *Drucksachenummer: 0179/2024*, (Antrag CDU-Fraktion, *Reg. Nr. 401-24*)“, ohne Rücksicht auf die erfolgte Vorberatung durch den Finanzausschuss und ohne erneute Vorberatung durch den Finanzausschuss, an sich zu ziehen und umfassend zu beraten und zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-4

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt nunmehr den Änderungsantrag seiner Fraktion, *Reg. Nr. 409-24*, vor.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion, *Reg. Nr. 401-24*, welcher Grundlage für diese Verwaltungsvorlage ist.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass es nicht richtig sei, dass im Stadtteil Haselbrunn ein neues Asylbewerberwohnheim entstehen würde. Der Vogtlandkreis selbst habe noch keinerlei Kontakte zu anderen Kommunen oder Anbietern aufgenommen.

Bei Gesprächen mit dem Vogtlandkreis sei zum Ausdruck gekommen, dass man überlege, große Einrichtungen für Asylbewerber abzuschaffen und eine dezentrale Unterbringung vorzuziehen.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass die Sanierung von nur einem Gebäudeteil (wie im Änderungsantrag der SGI-Fraktion beschrieben) nicht ausreichen würde, weil auch die Entwässerung erneuert werden müsste. Klar sei, dass nach einer Sanierung und einem evtl. höheren Mietzins dieses Asylbewerberwohnheim dann wohl auch als Hauptanlaufstelle genutzt würde.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es sich bei dem Grundstück um eine der besten Lagen in der Stadt Plauen handeln würde, auf dem derzeit ein „ruinöses Asylbewerberheim“ stünde.

Stadtrat Maik Schwarz, fraktionsloser Stadtrat, legt dar, dass seiner Meinung nach eine dezentrale Unterbringung für Asylbewerber der bessere Weg sei.

Stadtrat Schwarz kann das grundsätzliche Ansinnen der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion verstehen, er sähe aber ein Problem, wenn man jetzt in Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis gehen würde.

Man sei auf das Wohlwollen des Vogtlandkreises angewiesen, der sich aber aktuell in einer Haushaltskrise befände.

Aus diesen Gründen würde Stadtrat Schwarz den Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion ablehnen.

Für Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, sei die Intention des Antrages der CDU-Fraktion nachvollziehbar. Die von Stadtrat Schmidt angesprochene Parität erscheine ihm aber als in der Realität schwer umsetzbar.

Stadtrat Gerbeth hatte zur Vorberatung im Verwaltungsausschuss den Gedanken eingebracht, das Objekt Kasernenstraße an den Vogtlandkreis zu veräußern, wenn dieser trotz des Sanierungsbedarfes an dem Objekt festhalten wolle. Somit würde zwar der Mietzins für die Stadt Plauen entfallen, aber der Vogtlandkreis könnte selber Mittel für die Sanierung in gewünschtem Umfang zur Verfügung stellen.

Stadtrat Gerbeth spricht ebenfalls das Gerücht an, dass der Vogtlandkreis Kontakt aufgenommen habe, um ein Asylbewerberwohnheim im Stadtteil Haselbrunn einzurichten. Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde dieses Gerücht von Oberbürgermeister Zenner dementiert. Diesen Sachverhalt möchte Stadtrat Gerbeth in der Niederschrift erwähnt haben.

Oberbürgermeister Zenner hatte dieses Thema direkt mit Herrn Mittenzwey, Amtsleiter Ordnungs- und Ausländeramt des Vogtlandkreises, besprochen.

Der Vogtlandkreis habe mitgeteilt, dass zu diesem Sachverhalt mit niemandem Kontakt aufgenommen wurde. Der Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen zum Objekt Kasernenstraße soll abgewartet werden. Danach sollen die vogtländischen Kommunen angeschrieben werden.

Auch der Vogtlandkreis habe erkannt, dass kleinere Einrichtungen besser wären als große Einrichtungen. Den Verkauf des Objektes Kasernenstraße an den Vogtlandkreis kann Oberbürgermeister Zenner persönlich nicht empfehlen. Die Sanierungskosten würden beim Kaufpreis gegen gerechnet werden und die Stadt Plauen würde sich ein 22.000 qm großes Grundstück entgehen lassen.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass ein Verkauf an den Vogtlandkreis ebenfalls ein Bekenntnis für den Standort des Asylbewerberwohnheimes in Plauen wäre.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass man bis 2030 Zeit habe, um eine Lösung herbeizuführen. Bis dahin laufe der Mietvertrag für das Objekt Kasernenstraße.

Vorher sollte man mit dem Vogtlandkreis in Verhandlungen gehen, ohne gleich eine Kündigung auszusprechen, bevor geklärt sei, wo die Asylbewerber künftig untergebracht werden sollen.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass das „Klientel“ welches sich im Asylbewerberwohnheim in der Kasernenstraße befindet, bis zur Klärung ihres Aufenthaltsstatus nicht in einer Wohnung unterbracht werden könnten. Mit Vertretern des Vogtlandkreises wurde vereinbart, dass es bis 2030 keine Mietreduzierung und keine Sanierungsmaßnahmen geben würde. Nur das Notwendigste würde hergerichtet. Somit habe der Vogtlandkreis eine gute Perspektive, um langfristig mit dem vogtländischen Kommunen nach den besten Lösungen zu suchen.

Stadtrat Lars Legath, fraktionsloser Stadtrat, führt aus, dass die CDU-Fraktion sich jahrelang gegen eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern ausgesprochen habe.

Stadtrat Legath bittet die CDU-Fraktion darum, Asylsuchende nicht mit Migranten gleichzusetzen.

Stadtrat Legath merkt an, dass die Verwaltung noch keinen konkreten Nachnutzungsplan für das Grundstück habe. Er fragt nach, ob für das Gebäudeensemble an der Kasernenstraße Denkmalschutz besteht. Eventuell könnte überlegt werden, die Häuser als Eigenheime zu ertüchtigen.

Weiterhin möchte Stadtrat Legath wissen, was die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Asylbewerberwohnheimes an Leistung bringt und was die Ablöse kosten würde. Diese Zahlen sollten dem Stadtrat für die Beschlussfassung bekannt sein.

Stadtrat Legath fragt nach, welche Rücklagen aus den Mieteinnahmen für dieses Gebäude seit 2009 geschaffen wurden.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass für dieses Objekt kein Denkmalschutz besteht.

Eine Nachnutzung des Objektes und des Grundstücks sei noch völlig offen. Der Mietvertrag mit dem Vogtlandkreis läuft noch bis 2030. Man gehe von einer Ablöse von ca. 8 Jahren für die Photovoltaikanlage aus. Genaue Zahlen können nicht genannt werden. Dies sei eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Besitzern der Anlage und der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Zenner versichert, dass ihm die genauen Zahlen vorliegen. Die Stadt Plauen bekomme 5 % Netto-Strom-Entgelte. Diese seien derartig gering, dass man mit einer Ablöse keine Probleme haben würde.

Vordergründig ginge es aber aktuell darum, dass die Stadt Plauen ca. 600.000 EUR bis 700.000 EUR kurzfristig für eine Sanierung aufbringen müsste. Diese Summe könne nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner nicht über den Mietzins refinanziert werden.

Herr Lutz Armbruster, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung, teilt mit, dass es die Haushaltssystematik nicht erlaubt, Rücklagen für konkrete Objekte oder Projekte zu bilden. Alle Einnahmen aus Vermietung fließen in den Gesamthaushalt ein und dienen zur Deckung aller Ausgaben. Es gibt also keine spezielle Rücklage, die für die Sanierung des Objektes in der Kasernenstraße eingesetzt werden könnte.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, kritisiert, dass bisher noch keine Gespräche mit dem Vogtlandkreis bezüglich der Suche nach Standortalternativen stattgefunden haben. Man sollte erst Lösungen finden. Deshalb habe seine Fraktion den Änderungsantrag, **Reg. Nr. 409-24**, gestellt.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass Asylfragen Aufgabe des Vogtlandkreises seien. Er sei als Oberbürgermeister zuerst der Stadt Plauen verpflichtet. Deshalb habe er diese Vorlage eingebracht. Lösungen müsse der Vogtlandkreis finden, nicht die Stadt Plauen.

Der Vogtlandkreis wäre sogar dankbar, dass man über eine Frist von 6 Jahren (bis 2030) nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten suchen könne.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass er Mittel April 2024 ein Schreiben von Herrn Lars Beck, Geschäftsbereichsleiter II im Landratsamt Vogtlandkreis, erhalten habe, in welchem die Stadt Plauen zu den vor Jahren besprochenen Sanierungsarbeiten am Objekt in der Kasernenstraße aufgefordert worden sei. Dieses Schreiben wäre nicht mit dem Landrat abgesprochen gewesen.

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, vertritt die Meinung, dass eine paritätische Verteilung der Asylsuchenden nicht im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion sei. In diesem Antrag würde eindeutig stehen „...nach Alternativen...außerhalb Plauens zu suchen.“

Es sei wichtig, etwas Sozialverträgliches zu suchen. Deshalb habe die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion den Änderungsantrag, **Reg. Nr. 409-24**, gestellt.

Stadträtin Zierold fände es gut, etwas mehr Weitsicht in diese Diskussion zu bringen. Sie merkt an, dass z. B. Deutschkurse, die für eine Integration wichtig wären, weitestgehend in Plauen stattfinden würden. Wenn die Asylsuchenden im Vogtlandkreis verteilt würden, kämen zusätzliche Probleme hinzu. Deshalb sollten Diskussionen mit dem Vogtlandkreis dahingehend geführt werden, den besten Standort für ein Asylbewerberwohnheim im Vogtlandkreis zu suchen – inklusive der Stadt Plauen.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, denkt, dass in dieser Diskussion viele Fronten aufeinandertreffen würden, weil nicht vermittelt werden könne. Seiner Meinung nach sei sich die Stadtverwaltung bzw. der Oberbürgermeister mit der CDU-Fraktion einig, diesen Beschluss als Wahlkampfthema durchziehen.

Stadtrat Herold legt dar, dass eine zentrale Unterbringung Nachteile hätte. Dies sei aber bei einer dezentralen Unterbringung auch der Fall, z. B. länger Wege zu Integrationskursen, fehlende Anbindung an den ÖPNV. Nach Meinung von Stadtrat Herold sollte der Vorschlag der Stadt Plauen mit Lösungsvorschlägen untersetzt werden.

Stadtrat Holtschke zeigt sich enttäuscht, dass die CDU-Fraktion gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Schließung des Asylbewerberwohnheims in Plauen fordern würde. Man sei enttäuscht, dass die CDU-Fraktion damit die Verantwortung von sich weisen würde. Man könne sich gut vorstellen, dass die Widerstände immer größer würden, je ländlicher man eine neue Unterkunft für Asylbewerber ansiedeln würde.

Stadtrat Holtschke könne sich nicht vorstellen, dass man bis 2030 ohne Sanierung über die Runden kommen könne, da sich die Gebäudeteile des Objektes in der Kasernenstraße in einen „desolaten Zustand“ befinden würden.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion fordert deshalb eine Erhöhung des Mietzinses, um Mittel für die notwendige Sanierung zur Verfügung zu haben.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Stadt Plauen nur das maximal notwendige an Sanierungen durchführen würde.

Gleichzeitig führt Oberbürgermeister Zenner aus, dass man als Mitglied einer „kommunalen Familie“ das solidarische Miteinander einfordern dürfe.

Stadtrat Legath macht darauf aufmerksam, dass alle für die Abstimmung relevanten Daten (Kosten für Ablöse Photovoltaikanlagen) vorgelegt werden müssten.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass eine Ablösesumme in einem „niedrigstelligen Betrag“ zu zahlen wäre.

Oberbürgermeister Zenner lässt über den Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion abstimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag Reg. Nr. 409-24:

Der Beschlusstext der *Drucksachen-Nr. 1079/2024* wird wie folgt ersetzt:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass der Oberbürgermeister Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis aufnimmt zur zeitnahen Änderung des Mietverhältnisses für das Flurstück 3006 der Gemarkung Plauen (Kasernenstraße 2). Ziel ist eine für beide Vertragspartner langfristig verbindliche Vereinbarung, bei der mit einem angemessenen Mietzins auch eine Sanierung des Objektes finanziert werden kann oder alternativ auch die Nutzung anderer Objekte in Plauen oder im vogtlandkreis.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 23 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/24-5

Der Änderungsantrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung der Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 1079/2024, gemäß § 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 54/24-6GO

Beschluss zur Verwaltungsvorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass das Mietverhältnis mit dem Vogtlandkreis für das Flurstück 3006 der Gemarkung Plauen (Kasernenstraße 2) zum 31.12.2030 gekündigt wird. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Landrat darüber zu informieren.

Namentliche Abstimmung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimmenthaltungen
Blehschmidt, Dieter	Hermann, Christian	Bindl, André
Brückner, Dirk	Herold, Daniel	Gerber, Klaus
Dieke, Mario	Holtschke, Eric	Gruber, Lars
Eckardt, Ingo	Kusche, Rico	Legath, Lars
Gerbeth, Sven	Przisambor, Danny	
Glied, Alexandra	Rank, Petra	
Golle, Stefan	Seidel, Uta	
Haubenreißer, Thomas	Steffen, Gerd	
Hering, Ronny	Stubenrauch, Bernd	
Hoyer, Thomas	Zierold, Diana	
Knabe, Kerstin		
Mahler, Thomas		
Mühle, Monika		
Prof. Dr. Kowalzick, Lutz		
Rust, Mirko		
Salzmann, Thomas		
Schaufel, Frank		

Schmidt, Jörg		
Schumann, Gerald		
Schumann, Sabine		
Schwarz, Maik		
Uhlig, Stephan		
Weller, Sandra		
Oberbürgermeister Zenner, Stefan		

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-7

2.3. Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels für die Stadt Plauen 2024
Drucksachenummer: 1076/2024

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Marlies Hager, Vorstand des Vogtländischen Mietervereins e.V. und Herrn Stiev Lorenz, Beirat des Haus&Grund Plauen-Vogtland e.V. als Gäste.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, legt dar, dass seine Fraktion die Erstellung des Mietspiegels für die Stadt Plauen angeregt habe. Er bedankt sich bei allen Beteiligten.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, führt aus, dass mit der Erstellung des qualifizierten Mietspiegels eine sichere Rechtsgrundlage geschaffen wurde. Auch für Investoren sei dies wichtig, um entsprechende Entscheidung für Investitionen im Wohnungsmarkt zu treffen.

Stadtrat Hoyer appelliert an die soziale Verantwortung der Vermieter. Er bedankt sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die gute Zusammenarbeit und hebt hervor, dass die Vertreter aller Fraktion konstruktiv zusammengearbeitet haben.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, äußert sich ebenfalls positiv zur Erstellung des Mietspiegels und bedankt sich im Namen ihrer Fraktion. Besonders hebt Stadträtin Seidel hervor, dass die 3 stimmberechtigten Mitglieder ein einstimmiges Ergebnis erzielen konnten.

Stadträtin Seidel wünscht sich, dass die Stadtverwaltung in der Lage ist, die Fortschreibung des Mietspiegels in 4 Jahren aus eigener Kraft und mit weniger Zeitaufwand durchführen zu können, um Kosten einzusparen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels 2024.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-8

2.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2022
Drucksachenummer: 1061/2024

Herr Martin Scheibner, Leiter Rechnungsprüfungsamt, erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer Präsentation.

Stadtrat Maik Schwarz, fraktionsloser Stadtrat, fragt folgendes nach: Aus seiner Sicht müsste die Summe aus dem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit zusammen die Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln ergeben. Hier ergäbe sich aber eine Differenz von 649.863,15 EUR. Er bittet um Erklärung.

Herr Scheibner antwortet, dass hier die haushaltsunwirksamen Vorgänge in der Aufzählung nicht mit dargestellt wurden, welche diese Differenz ausmachen würden.
Im Rechnungsprüfungsbericht wäre dies aber dargestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt nach der Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104 SächsGemO den Jahresabschluss 2022 mit

- einer Bilanzsumme von	717.064.102,91 EUR
- einem Basiskapital von	329.257.452,51 EUR
- einem Endbestand von liquiden Mitteln (Vermögensrechnung)	45.259.317,86 EUR
- einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis von	5.242.172,37 EUR
- einem Überschuss im Sonderergebnis von	1.286.152,76 EUR
- einem Überschuss im Gesamtergebnis von (Ergebnisrechnung)	6.528.325,13 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	11.539.328,63 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	- 10.535.773,26 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	7.844.692,59 EUR
- einer Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln von (Finanzrechnung)	9.498.111,11 EUR

fest.

Der nach Verrechnung von Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis (4.384.315,31 EUR) mit dem Basiskapital (gemäß § 72 Abs. 3 Satz 3 SächsGemO) entstandene Überschuss im Gesamtergebnis in Höhe von 10.912.640,44 EUR wird in Höhe von 9.626.487,68 EUR in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und in Höhe von 1.286.152,76 EUR in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses eingestellt. Zudem wird gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO ein Betrag in Höhe von 5.708.240,69 EUR vom Basiskapital in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses übertragen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-9

2.5. Übertragung von Aufgaben an das Rechnungsprüfungsamt
Drucksachennummer: 1055/2024

Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen überträgt im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung gemäß der §§ 104-106 Sächsische Gemeindeordnung von Dritten (Städte, Gemeinden einschließlich deren Eigenbetriebe, Zweckverbände, Stiftungen und Vereine) auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages oder einer privatrechtlichen Vereinbarung unter der Voraussetzung, dass die gesetzliche Aufgabenerfüllung des Rechnungsprüfungsamtes nicht gefährdet ist.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-10

2.6. Errichtung einer 4. eigenständigen Einrichtung im Kulturbetrieb der Stadt Plauen mit dem Namen
Kunstmuseum Erich Ohser - e.o.plauen
Drucksachennummer: 1071/2024

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Haist, Leiterin der Galerie e. o. plauen als Gast.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er verweist auf das Änderungsblatt zu dieser Vorlage mit dem ergänzten Beschlusstext.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, führt als Mitglied des Stiftungsrates aus, dass man sich dafür entschieden habe, sich als gleichwertige Einrichtung (wie z. B. Vogtlandmuseum, Vogtlandkonservatorium oder Vogtlandbibliothek) dem Kulturbetrieb anzuschließen.

Die Fraktion DIE LINKE und auch der Stiftungsrat begrüßen, dass die Stadt Plauen auch noch Verhandlungen mit der e. o. plauen-Stiftung aufnehmen möchte, um Details wie Personalfragen und Mitspracherechte zu klären.

Stadträtin Rank habe sich sehr gefreut, dass die Stadt Plauen auf den erweiterten Namensvorschlag „Galerie e.o.plauen – Kunstmuseum Erich Ohser“ für die künftige Einrichtung eingegangen sei.

Stadträtin Rank merkt an, dass im Wirtschaftsplan die Zuschüsse von der Stiftung und der e.o.plauen-Gesellschaft mit einbezogen seien. Sie bittet darum, dass die Stadt Plauen auch weiterhin Mitglied in der e.o.plauen-Gesellschaft bleiben und ihren Beitrag leisten sollte.

Stadträtin Rank fragt nach, ob die Beschäftigten der e.o.plauen Galerie auch in die neue Einrichtung übernommen werden oder ob sie sich neu bewerben müssten.

Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass die Stiftung bisher einen Zuschuss von der Stadt Plauen für das Personal der Beschäftigten bekommen habe.

Zukünftig wird das nicht mehr der Fall sein. Der Kulturbetrieb wird das Personal als Beschäftigte einstellen. Somit werden diese Zuschüsse, welche die Stiftung bisher bekommen hat, als Sitzgemeindeanteil genutzt, um entsprechende Anträge beim Kulturraum stellen zu können.

Die Vergabe des e.o.-plauen Preises richtet die Stadt Plauen aus. Man habe sich in der Planung dafür entschieden, dass die Gelder, die bisher an verschiedene Institutionen gegangen sind, bei dem neuen Kunstmuseum gebündelt werden, weil dort ja auch die Arbeit stattfinden würde.

Bürgermeister Kämpf führt weiter aus, dass Frau Dr. Haist die e.o.plauen Galerie verlassen wird.

In der Übergangsphase der Neuausschreibung für diese Stelle wird so verfahren, dass die Stiftung bei den Bewerbungsgesprächen mit eingebunden werden soll. Es wurde aber klargestellt, dass die Personalhoheit bei der Stadt Plauen/dem Kulturbetrieb der Stadt Plauen liegen wird.

Stadträtin Rank ergänzt, dass es ihr nicht um die Zuschüsse an die e.o.plauen Stiftung ging, sondern um den Beitrag der Stadt Plauen an die e.o.plauen Gesellschaft. Dieser Beitrag ist im Wirtschaftsplan mit aufgeführt.

Stadträtin Rank fragt nach, ob dieser Beitrag erhalten bleibt oder ob es geplant sei, dass die Stadt Plauen aus der e.o.plauen Gesellschaft austreten wird.

Bürgermeister Kämpf antwortet, dass der Beitrag an die e.o.plauen Gesellschaft im Haushalt eingeordnet sei. Er könne aber derzeit nicht genau sagen, ob dies ausschließlich die Mitgliedsbeiträge sind. Er geht davon aus, dass die Beibehaltung der Mitgliedschaft der Stadt Plauen in der e.o.plauen Gesellschaft durchaus sinnvoll sei.

Über diese Mitgliedschaft hinaus könne Bürgermeister Kämpf aber keine Empfehlung geben, da die Gelder benötigt werden, um den Sitzgemeindeanteil für das neue Kunstmuseum darstellen zu können.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, übt Kritik daran, dass im Kultur- und Sportausschuss am 16.05.2024 keine Mehrvariantenbetrachtung mit genauen Kosten und Einsparpotentialen vorgelegen habe.

Die konkreten Zahlen seien ihm trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung erst am Montag, 03.06.2024 zur Verfügung gestellt worden. Nach Sichtung dieser Zahlen könne er aber der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Holtschke wünsche sich aber etwas mehr Transparenz.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, kann diese Vorlage unterstützen. Es habe seiner Meinung nach volle Transparenz geherrscht. Die Kritikpunkte von Stadtrat Holtschke könnten nicht nachvollzogen werden.

Bürgermeister Kämpf teilt mit, dass auch er die Kritik von Stadtrat Holtschke nicht nachvollziehen könne. Jede Fraktion habe einen Vertreter in der e.o.plauen Stiftung. Die Einbindung in die Entscheidungsfindung sei somit von Anfang gegeben gewesen.

Bürgermeister Kämpf hatte im o. g. Kultur- und Sportausschuss erläutert, dass die verschiedenen Varianten nicht vorgestellt wurden, weil sie nicht mit der e.o.plauen Stiftung abgesprochen waren. Die verschiedenen Varianten wurden aber im Rahmen der Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss vorgestellt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Errichtung einer 4. eigenständigen Einrichtung im Kulturbetrieb der Stadt Plauen mit dem Namen „Galerie e.o.plauen - Kunstmuseum Erich Ohser“.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung aller notwendigen Maßnahmen für den reibungslosen Betrieb der neuen Einrichtung ab 01.01.2025.
3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beauftragt die Verwaltung, mit der Erich Ohser - e.o.plauen-Stiftung einen Dauerleihvertrag über die Zurverfügungstellung des Nachlasses von Erich Ohser - e.o.plauen abzuschließen.
4. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übertragung des Gebäudes Nobelstr. 7, 08523 Plauen zum 01.01.2025 vom Vogtlandmuseum Plauen an das Kunstmuseum Erich Ohser - e.o.plauen mit den Restbuchwerten zum 31.12.2024 einschl. des dazugehörigen beweglichen Anlagevermögens.

Fortfolgend wird der Begriff: „Kunstmuseum Erich Ohser e.o.plauen“ in der gesamten Vorlage und den Anlagen durch „Galerie e.o.plauen – Kunstmuseum Erich Ohser“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-11

2.7. Änderung der Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung)
Drucksachenummer: 1073/2024

Frau Kerstin Karch, Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf das Änderungsblatt zu dieser Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 angefügte Änderungssatzung zur Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung).

Der Begriff: „Kunstmuseum Erich Ohser e.o.plauen“ wird in der gesamten Vorlage und den Anlagen durch „Galerie e.o.plauen – Kunstmuseum Erich Ohser“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 54/24-12

2.8. Satzung zur 1. Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen [Straßensondernutzungssatzung]
Drucksachenummer: 1066/2024

Herr Martin Gabriel, Leiter Fachgebiet Sicherheit und Ordnung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, fragt nach, warum in der Vorlage keine Kostenveränderungen ausgewiesen sind. Seiner Meinung nach müsste man doch mit weniger Einnahmen rechnen, wenn es für die Veranstalter günstiger wird.

Herr Gabriel antwortet, dass aktuell viele Veranstaltungen auf dem Festplatz Nr. 7 an der Festhalle Plauen stattfinden. Somit würden nur das „Good Food Festival“ und die „Sternquell Wiesn“ eine Rolle spielen. Deshalb sei es unerheblich, was die Anzahl der Veranstaltungen betrifft. Bei ungeraden Beträgen wurde außerdem nach unten abgerundet, sodass es insgesamt keine erheblichen Mindereinnahmen gäbe. Hinsichtlich des Altmarkes wurde die Gebühr nach den Erfahrungen aus der Praxis heraus berechnet (Rückmeldung der Gewerbetreibenden, welche Gebührenhöhe noch sinnvoll zu erwirtschaften sei). Deshalb würden keine Mindererträge vorliegen, die den Haushalt „nennenswert“ belasten würden,

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Plauen [Straßensondernutzungssatzung] vom 16.05.2022.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 54/24-13

2.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Weisbachsches Haus Fabrik der Fäden 1.BA

Drucksachenummer: 1054/2024

Frau Jana Eichler, Sachbearbeiterin Hochbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, kritisiert, dass hier viele Arbeiten, z. B. aus dem Gewerk „Baumeisterarbeiten“ aufgeführt werden, die bereits in den Jahren 2021/2022 durchgeführt wurden. Seiner Meinung nach habe es genügend Zeit gegeben, Probleme oder Mehrbedarf bei diesen Arbeiten bis zur Schlussrechnung klären zu können.

Stadtrat Schumann vertritt die Meinung, dass im gesamten Verlauf der Baumaßnahmen, bei der Planung und auch bei der Ausschreibung „erhebliche Fehler“ gemacht worden wären – z. B. der viel zu geringe Kostenansatz und die mangelhaft erstellten Leistungsverzeichnisse für die Ausschreibung durch das Architekturbüro

Weiterhin bemängelt Stadtrat Schumann, dass dies von den Projektverantwortlichen des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV) nicht bemerkt wurde.

Für Stadtrat Schumann ergibt sich hieraus die Schlussfolgerung, dass die Wiedereingliederung des Eigenbetriebes GAV in den Geschäftsbereich II die richtige Entscheidung sei.

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, vertritt die Meinung, dass in der Elsteraue „Großartiges“ geschaffen wurde. Er möchte auf Ursprung und Ergebnis hinweisen und führt aus, dass die Grundlage für den Beschluss zur Sanierung des „Weisbachschen Hauses“ die Erschaffung eines Innovations- und Kommunikationszentrums gewesen sei, mit einer Investitionssumme von 9 Mio. EUR. Eine Machbarkeitsstudie sagte 60.000 bis 70.000 Besucher voraus. Nun gibt es ein Museum für ca. 12,6 Mio. EUR und einer Jahresbesucherzahl von voraussichtlich ca. 25.000 Besuchern. Das Ergebnis von Nutzen, Kosten und Besucherzahlen habe also nichts mit dem ursprünglichen Beschluss zu tun.

Stadtrat Kusche wolle dieser 3. Kostenerhöhung in den letzten 12 Monaten trotzdem zustimmen. Man sollte aber sehr intensiv daran arbeiten, die Besucherzahlen deutlich zu erhöhen und versuchen, diese Besucher auch auf das Stadtzentrum aufmerksam zu machen. Es sollte geschaut werden, ob es eventuell Fördermittel für einen Aufzug oder eine automatisierte Beförderungsmöglichkeit gäbe.

Oberbürgermeister Zenner hofft sehr, dass man mehr als 25.000 Besucher erreichen könne. Es gäbe auch verschiedene Visionen wie z. B. das autonome Fahren. Auch ein Fahrstuhl mit Aussichtsplattform sei eine solche Vision, welche bereits planerisch vorliegen würde. Dazu gäbe es aber noch keine Finanzierungsmöglichkeit.

Herr Harald Haupt, Fachberater Bau, legt dar, dass die Sanierung des Weisbachschen Hauses kein einfaches Projekt war. Es sei schwierig, dass die Abrechnungen der Fördermittel aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen bereits im August 2023 abgerechnet werden mussten. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch keine Schlussrechnungen vor. Auch die äußeren Bedingungen über das Planungsbüro seien nicht die Besten gewesen. Man habe bislang 4 Planungsmängel angezeigt, die demnächst finanziell untersetzt werden sollen.

Herr Haupt geht davon aus, dass hierbei ca. 500 TEUR wieder an die Stadt Plauen zurückgezahlt werden könnten. Der entsprechende Rechtsprozess könne sich über ein Jahr hinziehen. Herr Haupt möchte sich persönlich dafür einsetzen, dass dieser zu Gunsten der Stadt Plauen abgeschlossen werden könne.

Herr Haupt versichert, dass auch seitens des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung alles Notwendige getan wurde aber einzelne Dinge nicht erkannt werden konnten. Diese sollen beziffert werden.

Stadtrat Gerald Schumann merkt an, dass der Hauptteil der Fehler in der Vorbereitung passiert sei - also in der Planung, der Kostenberechnung und in der Ausschreibung. Herr Haupt und den beteiligten Beschäftigten gebühre der Respekt, dass man trotzdem versucht habe, noch „etwas zu retten“. Die AfD-Fraktion wird der Vorlage trotz allem zustimmen, da man sonst die bestrafen würde, die mit viel Engagement versucht haben, den Termin der Eröffnung einzuhalten.

Stadtrat Schumann bittet darum, künftig bereits im Vorfeld darauf zu achten und zu prüfen, was von den Architekten vorgelegt wird.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die klaren Worte bei Herrn Haupt. Aber auch er möchte im Namen seiner Fraktion Kritik üben, dass zum wiederholten Male außerplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, legt dar, dass den fachlichen Ausführungen von Stadtrat Schumann sowie den Erklärungen von Herrn Haupt und Frau Eichler nichts hinzuzufügen sei. Es würde seiner Meinung nach aber nichts anderes übrigbleiben, als dem erneuten Nachtrag zuzustimmen. In Anbetracht der Finanzsituation hätte dies aber eine „katastrophale Außenwirkung“.

Stadtrat Blechschmidt habe die Kritik am ausführenden Planungsbüro vernommen. Es wäre wichtig, hier auch Namen zu nennen, denn sowohl die Stadtverwaltung als auch die Mitglieder des Vergabeausschusses sollten für künftige Entscheidungen den Namen des Planungsbüros wissen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass Namen nicht in der Öffentlichkeit genannt werden. Man müsse sich vor Gericht einigen und wolle keine Prozessfehler begehen.

Stadtrat Lars Legath, fraktionsloser Stadtrat, hofft, dass dieser „dritte letzte Nachtrag“ nun tatsächlich der letzte sein wird. Er habe nach 2,9 Mio. EUR Nachtragskosten aufgehört zu rechnen. Man könne dies wirklich als „Planungskatastrophe“ bezeichnen.

Stadtrat Legath versteht nicht, dass man bei der Planung vergessen könne, dass ein Serverraum klimatisiert werden müsse. Es sei unverständlich und für die Bürgerinnen und Bürger wohl nicht mehr nachvollziehbar, dass ständig nachfinanziert werden müsste und dafür viele kleinere Projekte nicht finanziert werden könnten.

Herr Haupt merkt an, dass sich die Stadt Plauen in einem schwebenden Verfahren befinde und deshalb keine Namen genannt werden können.

Bezüglich des Serverraumes erläutert Herr Haupt, dass geplant war, die Ausstattung der gesamten Gebäudeleittechnik inklusive Server und Komponenten zentral im Rathaus zu stationieren, wo ein klimatisierter Serverraum zur Verfügung steht. Der Server stand dort auch schon, aber später wurde eine Entscheidung getroffen, dass der Server doch im Weisbachschen Haus stationiert werden solle. Dafür waren die Räume aber nicht vorgesehen und mussten somit nachgerüstet werden.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, ob die „Fabrik der Fäden“ bereits als Anlagevermögen an den Kulturbetrieb übertragen wurde.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, teilt mit, dass diese Übertragung vollzogen wurde.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung weiterer außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Weisbachsches Haus – Fabrik der Fäden 1. BA (18-0000095/2-60-305/511108/0960001) in Höhe von **535.022,01 EUR**

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 2 Nein Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-14

**2.10. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme „Bau einer multifunktionalen Halle mit Freiflächengestaltung“ im Modellvorhaben „Zukunft Leben im Plauener Süden“
EV 2 - Korrektur
Drucksachennummer: 1081/2024**

Frau Birgit Winkler, Projektleiterin Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, weist darauf hin, dass es schon öfters Mittelverschiebungen im Modellkommunen-Programm gab. Z. B. war das Einzelvorhaben „Junge Helden bauen selbst“ ursprünglich mit 1,2 Mio. EUR geplant. Nunmehr stünden hierfür weniger als 500 TEUR zur Verfügung. Seine Fraktion kritisiert, dass für solche innovativen kleineren Projekte Abstriche in Kauf genommen würden.

Stadtrat Hermann bittet hierzu um mehr Transparenz. Er hofft in diesem Zusammenhang nicht, dass mögliche Kostensteigerungen zur Erweiterung des Stadtbades am Ende aus Eigenmitteln der Stadt Plauen finanziert werden müssten. Dies würde aus seiner Sicht erhebliche Einschränkungen für allen anderen Sanierungen, Vereinsförderungen usw. bedeuten. Dies könne Stadtrat Hermann nicht mittragen.

Frau Winkler teilt mit, dass die Mittelverschiebung von 600 TEUR aus dem Einzelvorhaben „Junge Helden bauen selbst“ bereits im Januar 2024 begründet wurde. Bei der Beantragung des gesamten Modellvorhabens wurden die Zahlen geschätzt. Bei o. g. Einzelvorhaben sei die Summe sehr hoch angesetzt worden.

Frau Winkler geht davon aus, dass die 500 TEUR für das Einzelvorhaben aber trotzdem noch ausreichend seien. Der aktuelle Stand würde zeigen, dass die Anzahl, welche man umsetzen wollte, derzeit nicht zu schaffen sei.

Mehr Verschiebungen seien im gesamten Modellvorhaben in Größenordnungen auch gar nichtmehr möglich.

Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob sich die Stadt Plauen im Besitz von Objekten befände, in denen das Einzelvorhaben „Junge Helden bauen selbst“ umgesetzt werden könnte.

Frau Winkler antwortet, dass die Stadt Plauen bei diesem Einzelvorhaben nicht unbedingt in den Besitz von Objekten kommen wolle, sondern dass es um die Weiterleitung von Fördermitteln ginge. Dies sei aber im privatrechtlichen Bereich sehr schwierig.

Oberbürgermeister Zenner geht davon aus, dass wohl auch der Anbau am Stadtbad teurer als geplant ausfallen könnte. Es sei trotzdem eine Vereinsförderung, welche mit diesem Anbau erbracht würde, da es sich um ein Schwimmbad handelt, welches von Plauener Vereinen genutzt wird.

Stadtrat Hermann fragt nach, ob es noch einmal Umplanungen im gesamten Modellprojekt für die Finanzierung des Anbaus am Stadtbau geben wird, oder ob eine andere Finanzierung angedacht sei.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass man mit dem geplanten Rahmen nicht auskommen werde. Man könne aber zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht genau sagen, wie die Finanzierung aussehen wird. Frühestens 2026 oder 2027 könne mit dem Anbau begonnen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 93.778,00 EUR im Haushaltsjahr 2024 für die Maßnahme "Bau einer multifunktionalen Halle mit Freiflächengestaltung" am Lessing-Gymnasium im Modellvorhaben „Zukunft Leben im Plauener Süden“ EV 2 (Investitionsnr. 12-MK(V)00097).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-15

2.11. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Jößnitzer Straße 9/11 in Plauen
Drucksachenummer: 1064/2024

Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme "Modernisierung und Instandsetzung des Gebäudes Jößnitzer Straße 9/11 in Plauen".

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-16

2.12. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 029 „Energetische Sanierung und Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße“ mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark – Süd“ in Neundorf, Aufstellungsbeschluss mit Änderungsbeschluss
Drucksachenummer: 1072/2024

Herr Markus Löffler, Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Der Ortsvorsteher des Ortschaftsrates Neundorf, Herr Trillitzsch, wurde im Vorfeld der Beschlussfassung von Herrn Löffler über diese Vorlage informiert. Es liegt eine grundsätzliche Zustimmung vom Ortschaftsrat Neundorf vor.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob mit den Mietern der Wohnungen gesprochen wurde.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, führt aus, dass dieses Vorhaben im Stadtbau- und Umweltausschuss umfassend vorgestellt wurde. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Lars Legath, fraktionsloser Stadtrat, äußert ebenfalls Bedenken bezüglich der Verschlechterung der Wohnqualität während dieser umfangreichen Baumaßnahmen.

Stadtrat Legath fragt nach, wo die ca. 20 neuen Parkplätze geschaffen werden sollen, die sich aus der Aufstockung der Häuser ergeben würde.

Herr Löffler antwortet, dass die bereits vorhandenen Garagen an den Häusern zum Teil nicht genutzt werden und die Anwohner davor parken. Hier sollte darum gebeten werden, diese Parkmöglichkeiten perspektivisch besser auszunutzen. Gegebenenfalls müsse man über einen Sammelparkplatz nachdenken. Dies müsse im Rahmen des Verfahrens bauordnungsrechtlich abgeklärt werden.

Herr Löffler führt weiter aus, dass man sich derzeit in der Planungsphase befindet. Gebaut werden könne voraussichtlich erst Ende 2024/Anfang 2025. Die derzeit leerstehenden Wohnungen würden erst einmal nicht wieder vermietet. Perspektivisch soll vom Bauherr ein Plan aufgestellt werden, wie mit den vorhandenen Mietern umgegangen werden soll. Eventuell könnten für die Bauphase Umzüge angeboten werden. Nach der Bauphase wäre ein Rückzug möglich.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, bittet darauf zu achten, dass eventuell neu zu bauende Parkflächen nicht versiegelt werden sollen. Weiterhin möchte er wissen, ob seitens der Stadt Plauen nachvollzogen werden könne, dass derzeitige Mieter dieser Häuser nicht „auf die Straße gesetzt würden“.

Herr Löffler informiert, dass es eventuell eine Möglichkeit gäbe auch zwischen den einzelnen Gebäuden Parkflächen anzuordnen. Die Wohneinheiten die aufgestockt werden sollen, seien eher kleine Wohnungen für ca. eine Person.

Zum Umgang mit den Mietern müsse man derzeit darauf vertrauen, was der Vorhabenträger vermittelt hat. Dieser hätte einen sehr guten Vortrag im Stadtbau- und Umweltausschuss gehalten. Es sei auch nichts bekannt, dass leerstehende Wohnungen derzeit weiter beworben würden.

Man könne noch Abstimmungen dahingehend treffen, dass der Vorhabenträger einen Plan vorlegen soll, wie mit den verbleibenden Mietern umgegangen werden soll. Die Stadt Plauen könne darauf hinwirken, dass dies mit in die Bebauungspläne aufgenommen wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 029 „Energetische Sanierung und Aufstockung Wohnanlage Kobitzschwalder Straße“ mit Änderung Bebauungsplan „Wohnpark – Süd“ in Neundorf gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. §12 BauGB und i. V. m. § 13a BauGB.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-17

2.13. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für den Ausbau der Reinsdorfer Straße
Drucksachennummer: 1070/2024

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen i. H. v. 75.000 EUR für die Planung der Baumaßnahme Reinsdorfer Straße (19-0000157).

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-18

2.14. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für den Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung Possigweg
Drucksachennummer: 1060/2024

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, führt aus, dass diese Maßnahme im Ortschaftsrat Straßberg besprochen und auch begrüßt wurde.

Herr Ullmann fügt hinzu, dass für die Maßnahme 84 TEUR Eigenanteil im Haushaltsjahr 2024 eingestellt sind. Im Jahr 2025 müsse aber ein weiterer Eigenanteil von 150 TEUR eingeordnet werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 1.866.902,00 EUR für die Maßnahme „Bahnüberführung Possigweg“ (19E-000093).

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 54/24-19

2.15. Antrag der CDU-Fraktion - Unterstützung für den Treffpunkt Melanchthonstraße durch die Verwaltung -, Reg.-Nr. 389-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Stadtrat Lars Legath, fraktionsloser Stadtrat, legt dar, dass der Ursprungsgedanke für diesen Antrag von der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion gekommen sei. Diese beantragte vor längerer Zeit die Einstellung eines Sozialarbeiters. Die Einrichtung eines festen Anlaufpunktes für Hilfesuchende wäre danach von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden.

Stadtrat Legath vertritt die Meinung, dass diese Ideen von der CDU-Fraktion in dem vorliegenden Antrag zusammengefasst worden seien. Er selbst habe auf das Modellprojekt „Sozialbürgerhaus Weiden“ hingewiesen, wo verschiedene Träger an einem bestimmten Tag zusammenarbeiten, um z. B. Unterstützung bei Antragstellungen zu geben.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass gute Ideen anderer immer erst dann umgesetzt würden, wenn diese durch die CDU-Fraktion angeregt würden. Er hofft, dass sich diese Verfahrensweise im neu zu bildenden Stadtrat der Stadt Plauen ändern wird.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass sich die Verwaltung des Antrages der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 389-24, annimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird wie folgt beauftragt:

Mit der Schaffung des Treffpunkts in der Innenstadt (Flachbau Eingang Melanchthonstraße) und der Betreuung durch die Markus-Pauluskirchgemeinde beantragen wir eine dauerhafte und kontinuierliche Unterstützung durch die Verwaltung.

Dazu gehören u. a.:

- personelle Unterstützung bei formellen Vorgängen und Hilfe bei Antragstellungen, die durch die Beratungen vor Ort entstehen.
- Ausstattung wie Büromaterial, Kommunikationstechnik und weitere erforderliche Sachgegenstände
- Unterstützung bei der Erstellung von Flyern oder Infomaterial
- feste Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung für die Mitarbeiter vor Ort und alle weiteren Vereine, die sich sozial engagieren und einbringen.

Dem Stadtrat ist zeitnah ein Konzept zur Beratung vorzustellen.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

2.16. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung der Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren (FFW) -, Reg.-Nr. 404-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Dr. Renè Schreiter, Leiter Fachgebiet Brandschutz, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Er weist darauf hin, dass die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren als Form der Anerkennung für ihre Leistungen einmal freien Eintritt in die „Fabrik der Fäden“ erhalten werden.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass sich die Verwaltung des Antrages der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 404-24, annimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird wie folgt beauftragt:

Im Verwaltungsausschuss im Mai 2024 ist eine Auswertung der Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren (FFW) vorzustellen. Die Einsätze der FFW zur Brandwache im Theater Plauen soll Diskussionsgrundlage für eine Erhöhung der dazugehörigen Vergütung sein.

Eine Anpassung der Vergütung für diese Brandwache ist zu erarbeiten. Ein entsprechender Paragraph ist in der Feuerwehrsatzung aufzunehmen. Eine Würdigung und Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen der Kameraden soll durch die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat erarbeitet werden. Als Dankeschön erhalten die Kameraden einmal freien Eintritt in das Museum „Fabrik der Fäden“.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

2.17. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Keine Haushaltskonsolidierung mit der Grundsteuerreform -, Reg.-Nr. 402-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, trägt anhand einer Bildschirmpräsentation die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass der Beschlussvorschlag zu diesem Antrag mit einer Absichtserklärung zur aufkommensneutralen Festlegung der Grundsteuer-Hebesätze ergänzt werden soll.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass sich die Verwaltung des Antrages der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion annimmt.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Mit der Umsetzung der gesetzlichen Neuregelung zur Grundsteuer ab 1. Januar 2025 darf keine versteckte Haushaltskonsolidierung durch die Stadt Plauen erfolgen.

Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt mit dem Vorschlag zum Doppelhaushalt 2025/2026 mit einer Absichtserklärung eine aufkommensneutrale Festlegung der Grundsteuer-Hebesätze vorzuschlagen.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

2.18. Antrag SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Baustellenampel an der Neuen Elsterbrücke, Reg. Nr. 407-24, Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Er legt dar, dass der Antrag nicht in der vorliegenden Form unterstützt werden könne.

Im Zuge der Baumaßnahmen an der Alten Elsterbrücke musste die komplette Ampelanlage abgeschaltet werden. Die derzeitige Situation sei für Fußgänger nicht sehr übersichtlich. In ca. 4 Wochen könnte eine gesicherte Fußgängerüberführung an der Baustelle eingerichtet werden. Vom Stadtbad aus können Fußgänger auf die Haltestelle in der Fahrbahnmitte gelangen und von dort aus zur derzeit bedienten Ersatzhaltestelle gehen. Im Sommer 2025 sollten die Bauarbeiten soweit fortgeschritten sein, dass die Neue Elsterbrücke einseitig wieder befahrbar und begehbar ist. Dann könne die Kreuzung wieder per Signalanlage geregelt werden.

Stadtrat Holtschke fragt nach, was mit einer sicheren Überquerung gemeint sei – eine Ampel oder ein „Zebrastreifen“.

Herr Ullmann antwortet, dass zwischen dem Haltestellenpodest auf der Hofer Straße und dem Podest auf der Reichenbacher Straße ein Absperrgitter angebracht werden soll, sodass der Fußgängerverkehr vom Autoverkehr klar getrennt ist.

Stadtrat Holtschke teilt mit, dass dieser Kompromiss akzeptiert wird.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass sich die Verwaltung des Antrages der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, Reg. Nr. 407-24, annimmt, soweit dies die Umstände zulassen würden.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Schaffung einer Baustellenampel zur gefahrlosen Straßenquerung von Fußgängern an der Neuen Elsterbrücke in geeigneter Form.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte im Namen der Initiative Plauen das Bedauern bezüglich der Absage des Plauener Spitzenfestes ausdrücken. Man wisse um die Tragweite der Entscheidung und hält diese für absolut richtig.

Stadtrat Kusche teilt mit, dass der Vorstand der Initiative Plauen dem Spitzenfestverein anbieten möchte, einige Programmteile, die für das Plauener Spitzenfest vorbereitet waren, im Rahmen des Stadtfestes „Plauener Herbst“ darzubieten zu lassen. Einzelheiten können gerne gemeinsam besprochen werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE Linke, schlägt vor, den Vorschlag von Stadtrat Kusche aufzugreifen und das zum Plauener Spitzenfest geplante Kinderfest im Rahmen des Stadtfestes „Plauener Herbst“ durchzuführen.

Oberbürgermeister Zenner bittet Bürgermeister Kämpf darum, diese Anregungen mitzunehmen und entsprechende Verhandlungen mit den betreffenden Vereinen zu führen.

Stadtrat Kusche fragt nach, ob schon bekannt wäre, welche Kosten auf die Stadt Plauen aufgrund der Absage des Plauener Spitzenfestes zukommen würden.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass diese Kosten noch nicht genau beziffert werden können. Er sei mit den betroffenen Vereinen, Künstlern, Sponsoren und Organisatoren im Gespräch.

Stadtrat Maik Schwarz, fraktionsloser Stadtrat, spricht die zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung durchgeführte Schweigeminute für den verstorbenen Polizisten von Mannheim an. Seiner Meinung nach wäre diese Schweigeminute berechtigt gewesen und sollte etabliert werden.

Stadtrat Schwarz möchte wissen ob es grundsätzlich in der Vergangenheit üblich war, solche Schweigeminuten im Stadtrat durchzuführen.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass diese Verfahrensweise nicht stringent gehandhabt wurde, sondern immer auf Anfrage bzw. Antrag von Stadträten oder auf Anraten des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion, legt dar, dass im Wirtschaftsförderungsausschuss über die Einrichtung einer Behelfsbushaltestelle an der Straßberger Straße (unterhalb Ärztehaus Gartenstraße) gesprochen wurde. Er fragt nach dem aktuellen Stand zu diesem Thema. Seiner Meinung nach solle diese Haltestelle im „absoluten Halteverbot“ errichtet werden. Deshalb habe er im o. g. Ausschuss gefragt, ob dieses „absolute Halteverbot“ dann aufgehoben werden könne.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Eckardt spricht das Adler/Kracht-Kunstwerk am Haupteingang des Plauener Rathauses an. Er weist darauf hin, dass ohne die Initiative von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion und seine eigene Initiative dieses Kunstwerk wahrscheinlich unwiederbringlich verloren gegangen wäre. Er bedankt sich bei der Denkmalschutzbehörde für die Unterstützung und den Stadtratsmitgliedern für die positive Entscheidung.

Stadtrat Eckardt führt weiter aus, dass die Glasfassade sehr spiegeln würde. Dies sei bei der Planung anders dargestellt worden. Er fragt nach, ob auf die Glasfassade möglicherweise eine Folie aufgebracht werden könne, welche diese Spiegelung aufheben würde.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass seiner Meinung nach Herr Dietrich Kelterer einer der ersten war, der den Erhalt dieses Kunstwerkes angesprochen habe. Ebenso habe sich Frau Sonnhild Müller dafür eingesetzt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass ein Aufbringen von Folie nicht möglich sei. Man prüfe aber eine andere kostengünstige Möglichkeit der bessern Sichtbarmachung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass am kommenden Wochenende das „Kiwaniis Kinderfest“ auf dem Gelände der Parkeisenbahn stattfinden werde.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik drückt seine Freude über die Fertigstellung des Haupteinganges des Rathauses aus. Auch die Darstellung der Bilder von Herrn Feiler im oberen Foyer des Rathauses sei „einer befriedigenden Lösung zugeführt worden“.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik fragt nach, ob der Fahnenständer mit der Fahne der Stadt Plauen, der sächsischen Fahne und der deutschen Fahne, welcher sich vor dem Umbau im Ratssaal befunden habe, wieder aufgestellt werden könnte. Er fände dies angemessen, weil das Stadtwappen von Plauen an der Stirnseite des Ratssaales hinter der Leinwand nicht sichtbar sei.

Oberbürgermeister Zenner wird diese Anregung aufnehmen und das Aufstellen des Fahnenständers veranlassen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, regt an, auch die Europaflagge diesem o. g. Fahnenständer hinzuzufügen.

4. Zum Abschluss der Wahlperiode 2019-2024

4.1. Stadträte und Fraktionen des Stadtrates der Stadt Plauen

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bezieht sich auf die stattfindenden Wahlen am 09.06.2024. Er führt aus, dass man im Hinblick auf die deutsche Geschichte dankbar sein könne, dass freie Wahlen möglich sind. Wichtig sei es, dass Kommunalpolitiker gemeinsam dieses Grundrecht einfordern sollten. Am Ende würde der Bürger entscheiden, wer in der nächsten Wahlperiode für den Stadtrat der Stadt Plauen Verantwortung übernehmen würde. Es sei eine Ehre, als Stadtrat der Stadt Plauen „dienen zu dürfen“.

Stadtrat Schmidt bedankt sich bei seinen Fraktionsmitgliedern und bei allen anderen Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen für das Engagement. Dieser Dank solle von allen auch an die jeweiligen Partner und Familien für ihr Verständnis mitgenommen werden.

Stadtrat Schmidt wünscht sich, dass das Ehrenamt eines Stadtrates in der Öffentlichkeit etwas mehr gewürdigt wird. Die aktuelle Entwicklung, dass Kommunalpolitiker auf der Straße angegriffen würden, erfülle ihn mit Sorge.

In den letzten 5 Jahren habe der Stadtrat der Stadt Plauen sehr kontroverse Debatten geführt, gemeinsam diskutiert und nach tragfähigen Lösungen gesucht. Damit habe man gezeigt, dass die Kommunalpolitik „die Herzkammer der Demokratie“ sei. Demokratie sei wertvoll und anstrengend, aber essentiell für die Gesellschaft.

Im Namen der CDU-Fraktion bedankt sich Stadtrat Schmidt für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und mit den Bürgermeistern aber auch für den fairen Umgang innerhalb des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, möchte eine kurze Bilanz aus den letzten 5 Jahren ziehen. Die Bilanz sei durchaus positiv. Die AFD-Fraktion habe mit der vielseitigen Fachkompetenz in allen Ausschüssen aktiv mitarbeiten können und habe sich mit vielen Ideen und Anregungen eingebracht.

Stadtrat Schumann möchte ein paar Dinge benennen, die noch nicht abgeschlossen, für seine Fraktion aber sehr wichtig seien.

Das Modellprojekt „Wochenstundenpakete“, welches eine flexiblere und elternfreundlichere Betreuung in Kindertagesstätten (Kita) gewährleisten soll, wird bereits in zwei Kitas praktiziert.

Dieses Modellprojekt sollte weiter forciert werden.

Die AFD-Fraktion hatte zum Doppelhaushalt 2023/2024 beantragt, dass der Beschluss, einen Doppelhaushalt aufzustellen, bereits 2022 erfolgen sollte, um rechtzeitig mit Planungen beginnen zu können. Stadtrat Schumann appelliert an Frau Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, dass sie daran weiterarbeiten möchte, dass die Beschlussfassung weiterhin so stringent durchgeführt wird.

Stadtrat Schumann führt weiter aus, dass die Sicherheitslage in der Stadt Plauen weiterhin ein „Brennpunkt“ sei. Hierzu habe die AfD-Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion Anträge eingereicht. Das Thema Sicherheit müsse weiterhin im Fokus liegen.

Stadtrat Schumann teilt mit, dass die Errichtung einer WC-Anlage auf dem Gelände der Parkeisenbahn einer der ersten Anträge der AfD-Fraktion war. Hierzu gab es zwar sehr viele Ortsbegehungen, aber ein Ergebnis konnte noch nicht erzielt werden. Er bittet um Fortführung, da dies eine wichtige Sache sei, um das Areal der Parkeisenbahn weiterhin aufzuwerten.

Stadtrat Schumann merkt an, dass der Anfang seiner Fraktion bei der Mitarbeit im Stadtrat der Stadt Plauen im Jahr 2019 nicht ganz leicht gewesen sei. Durch die sachbezogene und konstruktive Mitarbeit der Mitglieder habe sich die AfD-Fraktion aber gut einbringen und für die Entwicklung der Stadt Plauen aktiv beitragen können.

Stadtrat Schumann bedankt sich bei der Verwaltung und bei den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und wünscht weiterhin gutes Gelingen und gute Arbeit im Stadtrat der Stadt Plauen.

Stadträtin Petra Rank, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, legt als „Dienstälteste Stadträtin“ dar, dass die aktuelle Wahlperiode sehr schwierig gewesen sei. Dies habe mit der Corona-Krise begonnen und ging mit dem Krieg in der Ukraine und der Energie-Krise weiter. Für Mitglieder des Stadtrates sei es ihrer Meinung nach immer schwieriger geworden, die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Man müsse als Stadtratsmitglied sehr viel Zeit investieren. Dafür bedürfe es einer Familie, die diese Arbeit mit unterstützt.

Stadträtin Rank schließt sich Stadtrat Schmidt an, dass die Anerkennung nach außen nicht immer einfach sei. Sie wünscht sich, dass diese Anerkennung in der Bevölkerung sich verbessern würde.

Stadträtin Rank führt weiter aus, dass auch das Klima im Stadtrat selbst schärfer geworden sei. Sie habe das Gefühl, dass statt sachlicher Zusammenarbeit doch wieder mehr die politischen Interessen im Vordergrund stünden.

Stadträtin Rank wünscht sich für die nächste Wahlperiode, dass der Stadtrat der Stadt Plauen wieder mehr sachliche Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Plauen treffen und über Parteiinteressen hinwegsehen könne.

Stadträtin Rank teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE, in der Wahlperiode 2019 – 2024 über 90 Anträge eingebracht habe. Einige dieser Anträge wurden angenommen, worauf die Fraktion DIE LINKE stolz sein könne, z.B. Erhöhung der Zuschüsse für Kultur- und Sportvereine.

Die Idee zum nun eingerichteten „Tunneltreffpunkt“ habe man im Rahmen des Beschlusses zum Alkoholverbot in der Innenstadt eingebracht. Weiterhin habe die Fraktion DIE LINKE erreicht, dass Wiesen in der Stadt Plauen erst im Juni jeden Jahres gemäht würden, um die Artenvielfalt zu erhalten.

Weiterhin erwähnt Stadträtin Rank den Antrag auf Einbeziehung der Bevölkerung bei der Namensfindung zur Dreifeldhalle am Lessinggymnasium und den Antrag zur Änderung des Begrüßungsgeschenkes für Neugeborene.

Stadträtin Rank wünscht sich, dass künftig mehr Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt Plauen ermöglicht wird. Sie hofft, dass der Stadtrat der Stadt Plauen auch in der neuen Wahlperiode wieder Entscheidungen für die Stadt Plauen und deren Bürgerinnen und Bürger treffen wird.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, beschreibt seine Eindrücke der Wahlperiode 2019-2024. Nachdem sich der neue Stadtrat an die Abläufe gewöhnt hatte, folgten bereits Maßnahmen während der Corona-Pandemie, welche nicht einfach umzusetzen waren. Ausschüsse wurden vertagt bzw. auf ein Minimum reduziert. Während der Sitzung prägten Gesichtsmasken und Abstand zwischen den Plätzen das Bild im Sitzungsraum. Auch die Arbeit in den Fraktionen musste neu organisiert werden, z. B. mit Videokonferenzen. Dies seien größere Umstellungen für einzelnen Stadtratsmitglieder gewesen.

Stadtrat Holtschke merkt an dieser Stelle an, dass die Stadtratssitzung am 19.09.2023 ganze 7 Stunden gedauert habe. Erst 22:30 Uhr konnte diese Stadtratssitzung beendet werden. Im Gegensatz dazu sei die Stadtratssitzung am 15.12.2020 mit 1 Stunde 20 Minuten eher „ein Kindergeburtstag“ gewesen.

Stadtrat Holtschke informiert, dass er seit Beginn der 1. Sitzung 2019 eine private Mitschrift über die Stadtratssitzungen führt. Mittlerweile seien 222 A4-Seiten über Stadtrats, Fraktions- und Ausschusssitzungen zusammengelassen, an denen Stadtrat Holtschke teilgenommen habe. Er selbst habe im Rahmen seines Stadtratsmandates an 258 Sitzungen teilgenommen.

Stadtrat Holtschke kommt anhand eines Rechenbeispiels darauf, dass er für 258 Sitzungen ca. 645 Sitzungsstunden = 26,875 Tage in Sitzungen verbracht habe - ohne Vorbereitungs-, Nachbereitungs- oder Wege-Zeit.

Er führt aus, dass viele Bewerberinnen und Bewerber nur eine vage Vorstellung davon hätten, welcher zeitliche Aufwand mit dem Ehrenamt eines Stadtrates auf sie zukommen würde.

Stadtrat Holtschke führt weiter aus, dass man sich mit der Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Plauen ab September 2021 an einen neuen Sitzungsleiter gewöhnen musste, welcher fast immer alles im Griff hatte.

Stadtrat Holtschke weist an dieser Stelle darauf hin, dass auch ihm schon Fehler bei seiner Stadtratstätigkeit passiert seien, so z. B. bei der Abstimmung zu einer Vorlage bezüglich des VFC Plauen, bei deren Abstimmung er sich als Vorstand des VFC hätte als befangen erklären müssen.

Stadtrat Holtschke wurde im Februar 2022 zum Fraktionsvorsitzenden seiner Fraktion gewählt. Damit habe sich sein Arbeitspensum noch gesteigert. Er bedankt sich bei den Mitgliedern seiner Fraktion und bei der Fraktionsgeschäftsführerin Frau Zobel für das entgegen gebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Stadtrat Holtschke bedankt sich ebenfalls beim Oberbürgermeister und den beiden Bürgermeistern und den Beschäftigten der Stadtverwaltung sowie der Eigenbetriebe für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er bedankt sich auch bei allen Mitgliedern des Stadtrates für die „lebhaften Diskussionen“ und für die guten Ideen. Alle Fraktionen seien auf Kooperationen und Kompromisse angewiesen, da keine Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen die alleinige Mehrheit habe.

Stadtrat Holtschke legt dar, dass es wichtig sei, die Demokratie zu stärken und gemeinsam für die Stadt Plauen das Beste erreichen zu wollen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich für die Zusammenarbeit in seinen 25 Jahren Stadtratsarbeit.

Stadtrat Fiedler möchte sich nun eine längere Auszeit nehmen um eine größere Reise durchführen zu können. Er wünscht sich, dass das bevorstehende Wahlergebnis ihm eine Auszeit möglich macht und würde sich auf ein Nachrücken im Stadtrat zu einem späteren Zeitpunkt freuen.

Stadtrat Fiedler wünscht den Anwesenden alles Gute und der Stadt Plauen nur das Beste sowie ein aufmerksames und menschliches Umgehen miteinander in der nächsten Wahlperiode.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, informiert, dass sie heute an ihrer letzten Sitzung nach 25 Jahren Stadtratstätigkeit teilgenommen habe. Es sei ihr nicht leichtgefallen, sich nicht mehr zur Wahl aufstellen zu lassen, aber dies wäre für sie aus gesundheitlichen Gründen der richtige Zeitpunkt sich zu verabschieden.

Stadträtin Seidel führt aus, dass sie während der Zeit ihrer Stadtratstätigkeit 3 Oberbürgermeister der Stadt Plauen kennenlernen durfte, Herrn Dr. Rolf Magerkord, Herrn Ralf Oberdorfer und Herrn Steffen Zenner.

Die besondere Aufmerksamkeit von Stadträtin Seidel galt in erster Linie der Kinder- und Jugendarbeit und den jungen Familien in der Stadt Plauen. Deshalb habe sie von Anfang an im Gesundheits- und Sozialausschuss sowie im Kinder- und Jugendhilfeausschuss mitgearbeitet. Aber auch in anderen Ausschüssen sei sie in den vielen Jahren tätig gewesen, so u. a. im Wirtschaftsförderungsausschuss.

Nach dem Verlust der Kreisfreiheit der Stadt Plauen ließ sich Stadträtin Seidel überzeugen, auch im Kreistag mitzuarbeiten, um die Interessen der Kinder und Jugendlichen des gesamten Vogtlandkreises vertreten zu können.

Stadträtin Seidel teilt mit, dass sie seit Gründung der Stadtwerke Strom Plauen in deren Aufsichtsrat tätig war. Ebenso ist sie Mitglied im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH und im Zweckverband der Sparkasse Vogtland.

Auch für Seniorinnen und Senioren sei Stadträtin Seidel immer Ansprechpartnerin gewesen und habe deren Interessen vertreten, z. B. im Seniorenbeirat.

Stadträtin Seidel habe sich in der Zeit ihrer Stadtratstätigkeit immer mit viel Zeitaufwand, Hingabe und Recherchen im Vorfeld der Ausschüsse um Klärung bemüht.

Sie bedankt sich für die Hilfe und Unterstützung der Beschäftigten der Stadtverwaltung bei dieser Arbeit.

Auch für Stadträtin Seidel seien die letzten Wahlperioden eine „sehr streitbare Zeit“ gewesen.

Stadträtin Seidel hätte sich gewünscht, dass mehr Mitglieder des Stadtrates den Anträgen der Fraktion DIE LINKE gefolgt wären. Sie freut sich aber, dass ihre Fraktion des Öfteren den anderen Fraktionen Denkanstöße geben konnte.

Stadträtin Seidel möchte nun mit 72 Jahren in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen und den Platz für die jüngere Generation freimachen.

Stadträtin Seidel bedankt sich bei allen, die sie in den vielen Jahren begleitet, geachtet und unterstützt haben. Den neu gewählten Stadtratsmitgliedern wünscht sie Schaffenskraft und kluge Entscheidungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Plauen.

Gleichzeitig bedankt sich Stadträtin Seidel bei allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der Vereine und Verbände.

4.2. **Oberbürgermeister Steffen Zenner, Vorsitzender des Stadtrates der Stadt Plauen**

Oberbürgermeister Steffen Zenner merkt an, er habe den Eindruck, Politik kann jeder. Jeder sei politisch informiert und vertrete eine Meinung. Man habe aber manchmal den Eindruck, dass zu der Meinung nicht so viel Ahnung dazu wäre.

Am sichersten würde man sich als Politiker oder auch als „Pseudopolitiker“ in einem Hafen fühlen.

Die Mitglieder seien nach Meinung von Oberbürgermeister Zenner Schiffe, die auf hoher See für die Stadt Plauen die besten Entscheidungen treffen, die auf hoher See auch den Widerständen trotzen.

Dafür möchte Oberbürgermeister Zenner seinen ausdrücklichen Respekt übermitteln.

Die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen seien diejenigen, die in der Stadt Plauen als Souverän Entscheidungen treffen, z. B. über einen Haushalt, der ca. 160 Mio. EUR umfasst.

Die Stadtratsmitglieder seien diejenigen, welche die Verwaltung nach den Vorschlägen der Verwaltung strukturieren und aufstellen.

Die Stadtratsmitglieder seien diejenigen, die es möglich machen, dass die Stadt Plauen ein Oberzentrum ist, welches sozial, kulturell und sportlich hervorragend aufgestellt ist.

Oberbürgermeister Zenner ist sich bewusst, dass es neben den weichen Standortfaktoren auch noch Defizite in den harten Standortfaktoren gibt. Man müsse gemeinsam weitere Gewerbegebiete entwickeln. Man wisse auch, dass die ärztliche Versorgung und die Sicherheitslage in der Stadt Plauen nach wie vor verbesserungswürdig sind.

Oberbürgermeister Zenner spricht seinen großen Respekt und großen Dank an die Stadtratsmitglieder aus, die in den letzten 5 Jahren vielleicht ihre Familien ein Stück weit vernachlässigt hätten, um dafür aber viel Herzblut und Leidenschaft für die Stadt Plauen aufzubringen, als dies der „Durchschnittsplauener“ vermag.

Oberbürgermeister Zenner weiß zu schätzen, dass alle Stadtratsmitglieder seiner Meinung nach außergewöhnliches geleistet haben. Deshalb möchte er sich ganz explizit bei den Fraktionsvorsitzenden bedanken, die dies bitte auch als Dank an das gesamte Fraktionsteam mitnehmen sollen.

Ebenfalls bedankt sich Oberbürgermeister Zenner bei den Fraktionsgeschäftsführerinnen, denn auch sie seien wesentliche Bausteine in einer Demokratie. Die Fraktionsgeschäftsführerinnen würden es möglich machen, dass Stadtrat und Verwaltung gemeinsam Entscheidungen vorberaten und auf den Weg bringen können.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich

bei Herrn Fraktionsvorsitzenden Holtschke und seinem Team.

bei Herrn Fraktionsvorsitzenden Schmidt und seinem Team.

bei Herrn Fraktionsvorsitzenden Schumann und seinem Team.

bei Frau Fraktionsvorsitzender Hänsel, stellvertretend bei Frau Stadträtin Rank und ihrem Team.

bei Herrn Fraktionsvorsitzenden Gerbeth und seinem Team.

bei den fraktionslosen Stadträten, die ebenfalls hervorragende Arbeit geleistet haben.

Oberbürgermeister Zenner wünscht für die Zukunft, dass alle Stadtratsmitglieder, die wieder zur Wahl antreten auch gewählt werden.

Für Oberbürgermeister Zenner sei es wichtig, dass man sich niemals persönlich beleidigt und immer mit Respekt und Anstand diskutiert, auch wenn die Diskussionen im Stadtrat „manchmal an die Schmerzgrenze gehen“. Er versucht sein Bestes zu tun, dass sich jeder der Stadtratsmitglieder zu Wort melden könne, der das möchte.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich außerdem beim Sitzungsdienst, der immer dafür sorgt, dass alle Unterlagen ordnungsgemäß zur Verfügung stehen.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei seinem Büroleiter, der die Vorabsprachen sauber trifft.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei Bürgermeisterin Wolf und Bürgermeister Kämpf.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung.

Oberbürgermeister Zenner wünscht sich, dass die Plauer Bürgererschaft erkennen möge, was die Mitglieder des Stadtrates geleistet haben und dies zum Anlass nimmt, an der Wahl teilzunehmen und die richtigen Entscheidungen für die Zukunft der Stadt Plauen zu treffen.

Oberbürgermeister Zenner legt dar, dass die Wahlperiode 2019 bis 2024 eine aufregende gewesen sein. Es habe einen Oberbürgermeister Wechsel gegeben. Auch die Corona-Zeit und der Ukraine-Krieg und eine schwierige Phase in der Finanzwelt haben diese Wahlperiode geprägt.

Oberbürgermeister Zenner sei stolz darauf, was man gemeinsam für die Stadt geschaffen habe.

Oberbürgermeister Zenner wünscht sich für die Zukunft, dass man hart in der Sache arbeiten aber immer fair miteinander umgehen solle.

Er wünscht denen, die wieder antreten, erfolgreiche Wahlen. Denen, die gehen wünscht er nur das Beste für die Zukunft. Immer beste Gesundheit, einen klaren Verstand und ein demokratisches Grundverständnis.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Diana Zierold
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Thomas Mahler
Stadtrat